

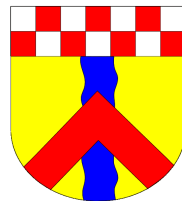


Alternative für Deutschland

Kommunalwahlprogramm 2014

für

ENNEPETAL



Inhaltsverzeichnis

<u>1. Präambel.....</u>	<u>3</u>
<u>2. Stadtentwicklung.....</u>	<u>3</u>
<u>3. Infrastruktur.....</u>	<u>3</u>
<u>4. Haushalt und Finanzen.....</u>	<u>4</u>
<u>5. Familie, Bildung, Soziales.....</u>	<u>5</u>
<u>6. Sicherheit und Ordnung.....</u>	<u>6</u>
<u>7. Zuwanderung und Integration.....</u>	<u>8</u>

1. Präambel

In ernster Sorge vor politischer und wirtschaftlicher Fehlentwicklung in Deutschland haben wir im Februar 2013 die „Alternative für Deutschland“ gegründet.

Die Alternative für Deutschland kämpft gegen ideologische Engstirnigkeit und für rationale und vernünftige Entscheidung.

Auf Grund fehlgeleiteter Gelder auf europäischer und nationaler Ebene in **dreistelliger Milliardenhöhe** fehlt es den Kommunen oft am Nötigsten.

Spielplätze, Kindergärten, Schulen, unsere Straßen und kulturellen Einrichtungen verkommen zunehmend bzw. fallen dem Rotstift vollständig zum Opfer. Die Gelder für die öffentliche Sicherheit werden gekürzt, obwohl die Zahl der Straftaten in vielen Gegenden und insbesondere im Bereich der Eigentumsdelikte steigt.

Dieses Problem lässt sich nicht allein auf kommunaler Ebene lösen. Wir müssen aber mit allem Nachdruck gegenüber dem Land, Bund und der EU auf eine vernünftige Lösung drängen und uns nicht mit billigen Totschlagargumenten von Alternativlosigkeit abspeisen lassen.

2. Stadtentwicklung

Eines der dringenden Probleme in Ennepetal ist der desolate Zustand der Innenstadt, bedingt durch die Umwandlung der Voerder Straße 2008 in eine Fußgängerzone. Dieses nutzlose und teure Projekt in Kombination mit der Errichtung des Heilenbecke Centers hat dafür gesorgt, daß Einzelhandel und Dienstleister innerhalb von sechs Jahren nahezu aus der ehemaligen Geschäftsstraße verschwunden sind und gegen ein beschränktes, qualitativ schlechteres und beliebiges Angebot ersetzt wurde.

Die Alternative für Deutschland fordert daher einen Bürgerentscheid, der den kompletten Rückbau der Fußgängerzone – bzw. als kostengünstigere Alternative die durchgängige Öffnung inklusive Bereitstellung von Parkmöglichkeiten (Beschilderung, Markierung der Fahrspuren) umfaßt.

3. Infrastruktur

Ennepetal zeichnet sich durch ein Höchstmaß an Intransparenz bezüglich der Sanierung von Verkehrswegen aus. Manch wenig frequentierte Straßen werden ohne Sinn und Verstand luxussaniert – auf der anderen Seite gibt es hochfrequentierte Straßen, die in keinsten Weise den heutigen Ansprüchen genügen bzw. einfach der Belastung nicht mehr standhalten und in Folge mangelnder Instandsetzung regelrecht verrotten.

Die Alternative für Deutschland fordert deshalb einen „Aktionsplan Verkehrswegeertüchtigung 2020“, welcher anhand des Ist-Zustands und des jetzigen und zukünftigen Bedarf (insbesondere in Hinblick auf die Anbindung von Handel und Industrie) mittels eines Punktesystems die Prioritäten festlegt und stringent baulich in der nächsten Legislaturperiode umsetzt. Auch Bundes- und Landstraßen sind dahingehend einzubeziehen, daß permanent an den entsprechenden Stellen auf Behebung der Mängel gedrängt wird. Politik muß sich an den Taten messen lassen – nicht an den Versprechen.

Ennepetal kann sich eine Politik des „Wer am lautesten schreit, bekommt die Löcher am schnellsten geflickt“ nicht mehr leisten.

Desweiteren fordert die Alternative für Deutschland, daß zumindestens alle ortsansässigen Industrie- und Handwerksbetriebe einen Anspruch auf einen ihren Bedürfnissen entsprechenden Breitband-Internetzugang haben. Die Stadt Ennepetal ist gehalten, dies durch Druck auf die Provider/Carrier sicherzustellen und ggf. die Betriebe finanziell im Zuge einer Förderung zu unterstützen, wo dies nicht ohne weiteres möglich ist. Handel und Industrie müssen florieren damit Gewerbesteuer fließen – anstatt Abwanderung durch Umlage auf die verbliebenen Unternehmen zu kompensieren.

4. Haushalt und Finanzen

Durch wegbrechende Einnahmen wird Ennepetal in absehbarer Zeit wieder mit Haushaltssperren und dem Besuch des „Sparkommissars“ aus Arnberg zu rechnen haben. Leider wurde in Zeiten des Überflusses wenig oder nichts zurückgelegt, so dass sich dies nun bitterlich rächt und die vorhandenen Mittel wohlbedacht eingesetzt werden wollen.

Insbesondere die Energiewende mit ihren überbordenden Kosten nimmt Ennepetal von zwei Seiten in die Zange – zum einen wird durch Ignorierung des technischen Fortschritts (z.B. LED Straßenbeleuchtung) im Gegensatz zu anderen Kommunen keine Einsparmöglichkeit wahrgenommen und Fördertöpfe aus Brüssel nicht in Anspruch genommen – und zum anderen kämpft man mit abnormen Steigerungen beim Strompreis. Schlimmer geht nimmer.

Die Alternative für Deutschland fordert daher, ALLE Möglichkeiten der Einsparungen und Subventionen zu nutzen, um die Bürger vor schmerzhaften Einschnitten wie Schließungen von öffentlichen Einrichtungen zu bewahren.

Obwohl diese Probleme z.B. durch „Leuchtturmprojekte“ (Fußgängerzone), „politischen Filz“ und personelle Überausstattung der Verwaltungen (meist nach Parteibuch) in vergangenen Jahrzehnten durch eitle und kurzsichtige selbst verursacht wurden, müssen heutige und nachfolgende Generationen die Probleme in den Griff bekommen. Die Kommunen alleine werden es trotz aller Anstrengungen nicht können.

Wir fordern daher alle im Bundestag und im EU Parlament vertretenen Parteien auf sich bei ihren Mandatsträgern intensiv für eine Lösung auf diesen Ebenen einzusetzen.

zen. Die üblichen Lippenbekenntnisse der Kommunalpolitik beeindrucken die Berufspolitiker der Altparteien nicht im Geringsten.

Die Alternative für Deutschland wird sich auf Europäischer Ebene für ein Ende der gesetzeswidrigen aber faktisch vorhandenen „Transferunion“ einsetzen. Die Milliardenzahlungen an marode Banken sind in unseren kommunalen Haushalten besser angelegt. Dazu gehört aber auch der Wille nach Einsparungen im kommunalen Haushalt. Dabei darf es keine „heilige Kühe“ aus ideologischen Gründen geben.

Die kommunalen Stellenpläne müssen neu justiert werden. Die fortschreitende Technisierung und der Bevölkerungsrückgang machen dies möglich.

Die Erfahrung aus unzähligen Großprojekten zeigt, dass Projekte in öffentlicher Hand zumeist viel teurer werden als ursprünglich geplant. Wir setzen uns daher ein, bei größeren Projekten grundsätzlich zu prüfen, ob diese als so genannte PPP Modelle in Kooperation mit der Privatwirtschaft durchgeführt werden können.

5. Familie, Bildung, Soziales

Deutschland hat zu wenige Kinder. Renten-, Pflege- und Krankenversicherung stehen deshalb auf tönernen Füßen. Gleichzeitig leistet sich Deutschland ein Steuersystem, welches insbesondere Familien drastisch benachteiligt. Unsere Gesellschaft muss endlich kinder- und familienfreundlicher werden. Wir stehen für den Schutz der Familie als Keimzelle der Gesellschaft.

Es ist keineswegs Aufgabe des Staates, Druck auf Eltern auszuüben, schon unter dreijährige Kinder grundsätzlich in eine Kindertagesstätte abzugeben. Studien haben gezeigt, dass Wärme und Zuwendung der Eltern nicht durch noch so gute Hinwendung in Institutionen zu ersetzen ist.

Viele Lehrer und vor allem Lehrerinnen leiden unter mangelndem Respekt ihrer Schüler. Schulleitung und Schulamt sind aufgerufen, die Fälle sorgfältig zu prüfen und dem Lehrpersonal ggf. auch gegenüber den Eltern konsequent den Rücken zu stärken.

Ein Bildungswesen, welches sich zum einen aus „Zusammenklagen“ der Noten von Seiten der Eltern – und andererseits selbst Minderleistung in vorausweisendem Gehorsam mit „Sehr Gut“ benotet, hat den Namen nicht verdient.

Nach Berichten von Lehrern und Schülern klaffen bei der „Inklusion“ (gemeinsames Lernen von Behinderten und Nichtbehinderten) an Schulen Anspruch und Wirklichkeit extrem weit auseinander. Politische Schönrederei verschlimmert dabei die Problematik noch. Wir setzen uns dafür ein, dass die von der Landesregierung aus reiner Ideologie vorangetriebene Inklusion an den Schulen einer laufenden Qualitätskontrolle durch das Schulamt unterworfen wird, an der auch objektive Beobachter zu beteiligen sind.

Es ist sicherzustellen, dass nichtbehinderte Schüler in Inklusionsklassen mit Blick auf den Lernfortschritt nicht benachteiligt werden.

Ausgebaut werden sollten insgesamt niederschwellige und altersgerechte Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche mit verstärkten Angeboten im Bereich Sport, Musik, Technik, Kunst und Theater. Vor allem müssen sich die Angebote für Jugendliche an den tatsächlichen Interessen orientieren.

Da sich die Einführung von G8 inzwischen als gravierender Fehler herausgestellt hat, lehnt die Alternative für Deutschland in Ennepetal strikt diesen ideologisch eingeschlagenen Weg ab und fordert die Abkehr von dieser negativen Entwicklung, die keine Vorteile beim Lernstand erbracht hat, jedoch einen massiven Verlust an individueller Freizeitgestaltung für die Schüler nach sich zieht.

Auffällig viele Kinder und Jugendliche leiden an Übergewicht, hervorgerufen durch falsche Ernährung und/oder zu wenig Bewegung. Die Alternative für Deutschland in Ennepetal setzt sich dafür ein, ein kreisweites Projekt zur Förderung des Sports einzurichten. Spätestens im Grundschulalter sollte den Kindern ein, von Schule und Sportvereinen begleitetes, Angebot gemacht werden um eine passende Sportart für sich zu entdecken. Als erfolgreiches und ähnliches Beispiel aus dem kulturellen Bereich sei hier „Jedem Kind ein Instrument“ genannt.

Bedauerlicherweise kochen immer weniger Eltern täglich für ihre Kinder. Der Gang zum Schnellrestaurant oder anderer Gastronomie ersetzt so leider das frisch gekochte. Beim Blick auf die Speisekarten, auch spezieller „Kinderkarten“ kommt den ernährungsbewussten Eltern oftmals das Grauen.

Wir setzen uns dafür ein, dass der EN Kreis ein kreisweites Qualitätssiegel für gesunde Kindergerichte einführt. Mit diesem Siegel sollen Gaststätten entsprechend werben können, wenn ein solches Gericht auf der Speisekarte zu finden und kenntlich gemacht ist. Als Koordinierungsstelle für dieses Projekt bietet sich dabei das Kreisgesundheitsamt an.

Diesem Qualitätssiegel müssen sich auch die Versorgungseinrichtungen an Schulen in Ennepetal unterwerfen. Speisepläne wie „PiPaPo“ (Pizza, Pasta, Pommes) sind abzulehnen.

Viele Jugendliche sind bereit, sich im Ehrenamt zu engagieren. Leider fehlt oftmals der richtige Weg für einen Einstieg – und als G8-Schüler die Zeit. Wir befürworten daher ein Entwicklungskonzept zur Vernetzung von Schule und Ehrenamt (z.B. Schule und THW/freiwillige Feuerwehr/Rettungsdienst etc.), um mehr junge Erwachsene für ein Ehrenamt zu begeistern. Wir sehen darin auch einen positiven Effekt in Bezug auf Verantwortungsbewusstsein, Teamarbeit und Arbeit für das Gemeinwohl.

6. Sicherheit und Ordnung

Der Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung befindet sich im Spannungsfeld von Kommunal- und Landespolitik. Einsatz und Finanzierung der Polizei sind grundsätzlich Ländersache. Das ändert jedoch nichts daran, dass die Kommunen und deren Bürger ein maßgebliches Interesse daran haben, sich in der Stadt oder Gemeinde sicher zu fühlen.

Die Alternative für Deutschland sieht vor diesem Hintergrund folgende Eckpunkte ihrer Politik im Bereich Sicherheit und Ordnung:

- Durch Wohnungseinbrüche wird das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung wie kaum durch ein anderes Delikt beeinträchtigt. Die Täter verletzen durch das Eindringen in den vermeintlich geschützten Lebensraum der Geschädigten deren Privatsphäre in besonders hohem Maße. Einbrüche in Häuser sind mittlerweile an der Tagesordnung, obwohl die Anwohner anwesend sind.
- Der Bürger muss besser geschützt werden. Die Polizei muss zur Prävention präsenter und nach der Tat schneller vor Ort sein. Die Überlastung der Polizeibeamten wird immer wieder deutlich. Die Verantwortlichen im EN Kreis müssen darauf hinwirken, dass die Polizei vom Land personell und materiell besser ausgestattet wird. Zudem sollte sich unsere Polizei schwerpunktmäßig um die Sicherheit der Menschen im EN Kreis kümmern und nicht unnötig mit administrativen Tätigkeiten beschäftigt werden.
- Zur Sicherheit gehört auch die Verkehrssicherheit. Diese sollte auch bei Geschwindigkeitskontrollen im Mittelpunkt stehen. Das bloße Abkassieren der Autofahrer fördert nicht deren Einsicht und damit auch nicht die Verkehrssicherheit. Leider wird oft an Stellen kontrolliert, wo keinerlei besondere Gefährdung vorliegt. Wo aber in möglichst kurzer Zeit möglichst viel Geld eingenommen werden kann. Geschwindigkeitskontrollen sollten sich auf Unfall- und Gefahrenschwerpunkte wie Schulen, Kindergärten und Krankenhäusern beschränken.
- Untersuchungen belegen, dass die Tempokontrollen keineswegs Raser treffen, die immer wieder mit fürchterlichen Unfällen insbesondere an Wochenenden auf sich aufmerksam machen. Stattdessen verfolgt man großflächig Autofahrer auf dem Weg zur Arbeit und auf der Heimfahrt oder beim Einkaufen.
- Wegen der bekannt hohen Gefährdung der Jugendlichen, des enormen Suchtpotentials und der begleitenden Kriminalität fordern wir eine rigide Handhabung bei der Genehmigung von Spielhallen- und Wettbüros.
- Der Spielraum bei der Festlegung der Vergnügungssteuer sollte möglichst komplett ausgeschöpft werden. Die Einnahmen daraus sollten zweckgebunden im Bereich der Kinder und Jugendförderung ausgegeben werden.
- Die Alternative für Deutschland lehnt sämtliche Arten von politisch- und religiös motiviertem Extremismus ab! Wir stehen für Meinungsfreiheit im Rahmen des Grundgesetzes.

Leider distanzieren sich andere Parteien oftmals nur vom linken oder insbesondere nur von rechten Extremisten. Über religiösen Extremismus darf man öffentlich kaum reden ohne sofort „gebrandmarkt“ zu werden.

Ausgrenzung und Gewalt gegen Andersdenkende hat in unserem Land nichts zu suchen!

Eine offene Diskussion muss hingegen auch und insbesondere im politischen Raum möglich sein. Wer dort auf dem einen oder anderen Auge blind ist, wird immer nur einen Teil des Problems sehen und lösen können.

7. Zuwanderung und Integration

Deutschland braucht u.a. vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ein modernes Einwanderungsgesetz. Menschen die zu uns nach Deutschland kommen um gemeinsam mit uns die Zukunft unseres Landes positiv zu gestalten sind uns herzlich willkommen.

Deutschland kann aber nicht die sozialen Probleme im Osten der EU oder im Rest der Welt lösen, indem wir unkontrollierte Armutszuwanderung erlauben und damit letztendlich unsere eigene Gesellschaft in Form von Parallelgesellschaften und Aushöhlung des Sozialstaats destabilisieren.

Die Bereitschaft zur Bestreitung des eigenständigen Lebensunterhalt ist eine Bringeschuld von Zuwanderern.

Ennepetal wurde nur 4 Monate nach Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit von den vorhersehbaren, aber durch die politische Kaste ignorierten Folgen mit voller Wucht getroffen. Leider wurden unsere Prognosen, welche die Einwanderung in die Sozialsysteme betrifft, bestätigt und es ist davon auszugehen, daß die Belastungen für den Haushalt der Stadt Ennepetal, die daraus resultieren, immens wachsen werden. In Hinblick auf eine Haushaltssperre sind somit drastische Einschnitte zu erwarten – ohne Aussicht, daß die Zuzüge integriert werden können, da selbige weder integrationswillig noch -fähig sind. Die Alternative für Deutschland wird daher jedwede Zustimmung zu Integrationsmaßnahmen finanzieller oder anderer Art eine klare Absage erteilen und aktiv auf Vermieter und Amtsträger zugehen, um aus diesem akuten Problem kein chronisches werden zu lassen.

Als eines der klassischen Einwanderungsländer hat Kanada seit Jahrzehnten ein Einwanderungsgesetz, das die Einwanderung nach Qualifikation und Integrationsfähigkeit steuert. In Anlehnung daran unterstützen wir die Einführung eines Einwanderungsgesetzes.

Das Recht auf Asyl für politisch Verfolgte ist ein wichtiges und hohes Gut. Um dieses hohe Gut zu schützen, ist deshalb jeglicher Mißbrauch mit der sofortigen Abschiebung zeitnah zu ahnden. Gleiches gilt gestaffelt nach Delikt und Strafmaß für Zuwanderer.

Tatsächlich politisch Verfolgte müssen in Deutschland Asyl finden. Zu einer menschenwürdigen Behandlung gehört auch, dass Asylbewerber hier arbeiten dürfen.